

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)

Geschäftsführung
Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-94313

Fax: (0221) 221-94342

E-Mail: Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de

Datum: 22.06.2017

Niederschrift

über die **24. Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 12.06.2017, 17:00 Uhr bis 20:40 Uhr, Bezirksrathaus Ehrenfeld, Raum 116

Anwesend:

Bezirksbürgermeister

Herr Bezirksbürgermeister Josef Wirges SPD

Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Petra Bossinger	SPD
Frau Katrin Bucher	SPD
Herr Robert Hamacher	SPD
Herr Udo Hanselmann	SPD
Herr Walter Leitzen	SPD
Herr Frank Jablonski	GRÜNE
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Frau Julia Lottmann	GRÜNE
Frau Christiane Martin	GRÜNE
Frau Jennifer Mense	GRÜNE
Herr Martin Berg	CDU
Herr Dr. Michael Fischer	CDU
Frau Jutta Kaiser	CDU
Herr Christoph Besser	DIE LINKE
Herr Berndt Petri	DIE LINKE
Frau Diana Lantzen	FDP/PIRATEN
Frau Marlis Pöttgen	FDP/PIRATEN
Herr Harald Schuster	DEINE FREUNDE

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Kurt Geuer

Verwaltung

Frau Scheunemann	Bürgeramt Ehrenfeld
Herr Schmitz	Bürgeramt Ehrenfeld
Frau Adams	Amt für Wohnungswesen
Frau Jablonski	Kämmerei
Frau Gies	Amt der Oberbürgermeisterin

Presse

Zuschauer

Entschuldigt:

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Kron	SPD
Herr Andreas Pöttgen	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Herr Tobias Scholz	Gute Wählergruppe Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	Gute Wählergruppe Köln

Herr Bezirksbürgermeister Wirges eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Er benennt Bezirksvertreter Leitzen (SPD-Fraktion), Bezirksvertreterin Mense (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) und Bezirksvertreter Dr. Fischer (CDU-Fraktion) als Stimmzähler.

Die Tagesordnung soll gemäß der Nachtragstagesordnung erweitert werden.

Folgende Tagesordnungspunkte sollen vorgezogen behandelt werden:

TOP 9.3, Bestellung eines Schriftführers

TOP 9.1, Bürgerhaushalt

Folgende Tagesordnungspunkte werden bis zur nächsten Sitzung am 10.07.2017 zurückgestellt:

TOP 3.1, Bürgereingabe zur Verbreitung der Straßenverbindung zwischen Dohlen- und Kuckucksweg in Köln-Vogelsang

TOP 9.2, Parkraumkonzept Ehrenfeld

TOP 12.1, Jahresbericht für die Beschlüsse aus der Bezirksvertretung Ehrenfeld aus der Zuständigkeit des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik

TOP 12.4, Ad hoc – Programm Außengastronomie auf Stellplätzen

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen melden jeweils eine mündliche Anfrage zu TOP 13 an.

Die Bezirksvertretung stimmt der geänderten und ergänzten Tagesordnung einstimmig zu.

Resolution der Bezirksvertretung Ehrenfeld zur Bühne der Kulturen

„Die Bühne der Kulturen muss bleiben! Mit großer Sorge verfolgt die Bezirksvertretung Ehrenfeld die Auseinandersetzung zwischen dem Vermieter und dem Mieter um den Standort des Theaters. Sicherlich kann man, was besonders die Vergangenheit der Bühne der Kulturen angeht, unterschiedliche Schlüsse ziehen. Trotzdem sprechen wir uns für die langfristige Beibehaltung dieses freien Theaters im Stadtbezirk Ehrenfeld aus. Die kulturelle Vielfalt in unserem Stadtteil Ehrenfeld ist ein wichtiges Aushängeschild was über die Grenzen des Bezirks hinaus von Bedeutung ist. Von daher muss ein Theater wie die Bühne der Kulturen seinen festen Platz haben. Die handelnden Akteure werden gebeten, sich gemeinsam an den Tisch zu setzen und eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Aktuelle Stunde**
- 2 Einwohnerfragestunde**
- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß §§ 24, 25 und 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
 - 3.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO Verbreiterung der Straßenverbindung zwischen Dohlen- und Kuckucksweg in Köln-Vogelsang (AZ.: 02-1600-54/17) 1599/2017
- 4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates**
- 5 Annahme von Schenkungen**
- 6 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**
 - 6.1 Bindungsenden im öffentlich geförderten Wohnungsbau – das dicke Ende kommt noch?
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 12.03.2017
AN/0421/2017
(übernommen aus der Sitzung am 08.05.2017)
 - 6.1.1 Bindungsenden im öffentlich geförderten Wohnungsbau - das dicke Ende kommt noch?
Anfrage der Fraktion Die Linke zur Sitzung am 20.03.2017, AN/0421/2017, TOP 7.4
(Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 08.05.2017, AN/0421/2017, TOP 6.1) 1526/2017
 - 6.2 Kapazitäten und Auslastung bestehender und geplanter Tief- und Quartiersgaragen im Stadtbezirk Ehrenfeld
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 20.04.2017
AN/0603/2017
(übernommen aus der Sitzung am 08.05.2017)
 - 6.3 Sachstand der Spiel- und Sportmaßnahmen im Rahmen des Grüngürtel:Impulses
Anfrage der Fraktion DIE LINKE. BV Ehrenfeld
AN/0698/2017
(übernommen aus der Sitzung am 08.05.2017)

- 7 neue Anfragen gemäß §§ 4 und 38 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 7.1 Zweckentfremdung von Wohnraum im Herkules-Hochhaus?
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE. BV Ehrenfeld)
AN/0807/2017
- 7.2 Aktueller Sachstand Wohngebäude Westseite Güterbahnhofsgelände, Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.05.2017
AN/0809/2017
- 7.2.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend aktueller Sachstand Wohngebäude Westseite Güterbahnhofsgelände (AN/0809/2017)
1727/2017
- 7.3 Veloroute Ehrenfeld, Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.05.2017
AN/0818/2017
- 7.4 Sachstand Brandschadenshaus Everhardstraße
(Anfrage Fraktion DIE LINKE. BV Ehrenfeld)
AN/0822/2017
- 8 Anträge gem. §§ 3, 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen i.V.m. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS (Entscheidungen) oder gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO (Vorschläge und Anregungen)**
- 8.1 Jugendsitzung in der Bezirksvertretung Ehrenfeld
Antrag der SPD-Fraktion vom 28.03.2017
AN/0637/2017
(übernommen aus der Sitzung am 08.05.2017)
- 8.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag 8.1 der Sitzung vom 12. Juni 2017
AN/0885/2017
- 8.2 Sicherere Kreuzungen, Teil 1, Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Schuster (Deine Freunde) vom 27.05.2017
AN/0811/2017
- 8.3 Teilspernung der Philippstraße, 50823 Köln für Kraftfahrzeuge über 7,5t
Antrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2017
AN/0635/2017
(übernommen aus der Sitzung am 08.05.2017)
- 8.4 Transparenz und Beteiligung stärken! – Information über Baumaßnahmen verbessern!
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.02.2017
AN/0300/2017
(übernommen aus der Sitzung am 08.05.2017)

- 8.5 Fußgängerüberweg auf der Subbelrather Straße in Höhe des neuen Durchgangs zum Krankenhaus
Antrag der FDP-Piraten-Fraktion vom 06.03.2017
AN/0368/2017
(übernommen aus der Sitzung am 08.05.2017)
- 8.6 Untersuchung zum Bau von automatischen Quartiersgaragen in Ehrenfeld
Antrag der SPD-Fraktion vom 23.04.2017
AN/0653/2017
(übernommen aus der Sitzung am 08.05.2017)
- 8.6.1 Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag 8.6 der Sitzung vom 12. Juni 2017
AN/0886/2017
- 8.7 Vorstellung der Planung zur Sicherstellung der Durchwegung im „Gleisdreieck“ im Rahmenplanungsgebiet, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.05.2017
AN/0810/2017
- 8.8 Lebendige Quartiere erhalten – Verdrängung frühzeitig identifizieren und verhindern!
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 02.04.2017
AN/0515/2017
(übernommen aus der Sitzung am 08.05.2017)
- 8.9 Parkverbot Querungshilfe Hugo-Eckener-Straße, Antrag der SPD-Fraktion
AN/0808/2017
- 8.10 Informationen über Bauvorhaben verbessern, Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen und Herrn Einzelvertreter Schuster / Deine Freunde vom 07.06.2017
AN/0835/2017
- 8.11 Fortführung Programm "Attraktivierung von Plätzen" in 2018, Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Die Linke, der Fraktion FDP/Piraten und Herrn Einzelvertreter Schuster (Deine Freunde) vom 07.06.2017
AN/0836/2017

9 Entscheidungen

- 9.1 Bürgerhaushalt 2016 - Beratung und Priorisierung der TOP 25 Vorschläge in den Bezirksvertretungen
0463/2017
(übernommen aus der Sitzung am 08.05.2017)
- 9.2 Parkraumkonzept Ehrenfeld
0816/2017
(übernommen aus der Sitzung am 08.05.2017)

- 9.3 Bestellung eines Schriftführers gemäß § 36 Absatz 5 Satz 2 i.V.m. § 52 Absatz 1 GO NW und § 31 Absatz 1 i.V.m. § 38 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln
1696/2017
- 9.4 Zuwendung aus dem städtischen Aktivierungsfonds für zwei Projekte im Sozialraum Bickendorf/Westend/Ossendorf
1753/2017
- 9.5 Zuwendung aus dem städtischen Aktivierungsfonds für drei Projekte im Sozialraum Bocklemünd/Mengenich
1819/2017
- 10 Anhörungen und Stellungnahmen**
- 10.1 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln
hier: Stärkung der Bezirke
0976/2017
(übernommen aus der Sitzung am 08.05.2017)
- 10.2 Städtebauliches Planungskonzept Vitalisstraße/Girlitzweg, 1. Änderung Gesamtschule Wasseramselweg in Köln-Vogelsang
Anhörung der Bezirksvertretung Ehrenfeld zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfs
1341/2017
- 10.3 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2016 - 2020
0169/2017
(Vorlage wurde mit Schreiben vom 24.05.2017 übersandt)
- 10.4 Seniorenkoordination im Stadtbezirk
1045/2017
(Vorlage wurde mit Schreiben vom 31.05.2017 übersandt)
- 10.5 Städtebauliches Planungskonzept
Arbeitstitel: Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld
Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
4282/2016
- 10.5.1 Begleitbeschluss zu TOP 10.5 der BV Sitzung am 12.Juni 2017, Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der Fraktion Die Linke und Herrn Einzelvertreter Schuster (Deine Freunde) vom 08.06.2017
AN/0873/2017
- 10.6 Standorte zur Errichtung von temporären Unterkünften für Geflüchtete - Genehmigung und Baubeschluss
0567/2017

11 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

12 Mitteilungen der Verwaltung

- 12.1 Jahresbericht für die Beschlüsse aus der Bezirksvertretung Ehrenfeld aus der Zuständigkeit des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, hier Stand 31.12.2016
0768/2017
(übernommen aus der Sitzung am 08.05.2017)
- 12.2 Tätigkeitsbericht 2016 des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik
1352/2017
- 12.3 "Veranstaltungsreihe Kölner Perspektiven zu Wohnen und Arbeiten"
1327/2017
- 12.4 Ad hoc- Programm Außengastronomie auf Stellplätzen
0529/2017
- 12.5 Aufhebung der 1. Änderungsverordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2017 vom 27.03.2017 und Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Neustadt-Süd, Deutz, Nippes und Rath/Heumar
1585/2017
- 12.6 Nutzung der Ladezone Landmannstraße 21-25
hier: Nachfrage der FDP-/Piraten-Fraktion aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 20.03.2017, TOP 7.3
1561/2017
- 12.7 Prüfbericht LSA Erneuerungsprogramm
hier: Ergänzungsunterlagen
1224/2017
- 12.8 Rankbogen in der Hanseemannstraße
1751/2017
- 12.9 Gewerbeflächenkataster für den Stadtbezirk Ehrenfeld
1390/2017

13 mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

14 Anfragen aus vergangenen Sitzungen

15 Neue Anfragen gemäß §§ 4 und 38 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 16 Anträge gem. §§ 3, 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen i.V.m. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS (Entscheidungen) oder gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO (Vorschläge und Anregungen)**
- 17 Entscheidungen**
- 18 Anhörung und Stellungnahme**
- 19 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
 - 19.1 Flüchtlingssituation
 - 19.1.1 Errichtung von Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete im Stadtbezirk Ehrenfeld
1560/2017
- 20 Mitteilungen der Verwaltung**
- 21 mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

- 1 **Aktuelle Stunde**
- 2 **Einwohnerfragestunde**
- 3 **Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß §§ 24, 25 und 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 3.1 **Bürgereingabe gem. § 24 GO Verbreiterung der Straßenverbindung zwischen Dohlen- und Kuckucksweg in Köln-Vogelsang (AZ.: 02-1600-54/17) 1599/2017**

zurückgestellt bis zur Sitzung am 10.07.2017

- 4 **Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates**
- 5 **Annahme von Schenkungen**
- 6 **Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**
- 6.1 **Bindungsenden im öffentlich geförderten Wohnungsbau – das dicke Ende kommt noch?
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 12.03.2017
AN/0421/2017**

Die Antwort der Verwaltung ist unter TOP 6.1.1 umgedruckt.

- 6.1.1 **Bindungsenden im öffentlich geförderten Wohnungsbau - das dicke Ende kommt noch?
Anfrage der Fraktion Die Linke zur Sitzung am 20.03.2017, AN/0421/2017, TOP 7.4
(Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 08.05.2017, AN/0421/2017, TOP 6.1)
1526/2017**

Kenntnis genommen.

Bezirksvertreter Besser (Fraktion Die Linke) stellt folgende Zusatzfragen:

(1) Die Verwaltung schreibt, dass vorzeitig abgelöste Bindungsenden in der Regel einer zehnjährigen Nachwirkungsfrist unterliegen.

- Wann unterliegen geförderte Wohnungen mit vorzeitig abgelösten Darlehen nicht der Nachwirkungsfrist?

(2) In der Veröffentlichung "Preiswerter Wohnungsbau" aus dem Jahr 2009 wurde zwischen planmäßigen und außerplanmäßigen Bindungsenden unterschieden.

- Weshalb wird nicht mehr unterschieden?

- Seit wann wird nicht mehr unterschieden?

(3) Entsprechend der Angaben der Verwaltung wird sich der Anteil der geförderten Wohnungen in Bocklemünd von 38,8% (2005) auf ca. 2,5% im Jahr 2026 reduziert haben.

- Gibt es in diesem Zusammenhang entsprechend des Ratsbeschlusses aus dem Jahr 2012 konkrete Planungen und Konzepte, Mietpreis- und Belegungsbindungen anzukaufen?

(4) In der Veröffentlichung aus dem Jahr 2009 waren ca. 87% der Bindungsenden außerplanmäßig. In einer Mitteilung aus dem Jahr 2014 wurde angegeben, dass sich ca. 17% der Sozialwohnungen (in NRW) in der Nachwirkungsfrist befinden.

- Können diese Angaben auch für Köln bestätigt werden?

- Wie lange bleiben geförderte Wohnungen im Durchschnitt in der Sozialbindung?

- Wie hat sich die Verbleibdauer in den letzten Jahren entwickelt?

- Ist eine Zunahme der vorzeitig abgelösten Darlehen festzustellen?

- Hat die Verwaltung Möglichkeiten, Eigentümer*innen davon zu überzeugen, Sozialbindungen nicht vorzeitig zu lösen?

Die Verwaltung wird die Nachfragen schriftlich beantworten.

**6.2 Kapazitäten und Auslastung bestehender und geplanter Tief- und Quartiersgaragen im Stadtbezirk Ehrenfeld
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 20.04.2017
AN/0603/2017**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**6.3 Sachstand der Spiel- und Sportmaßnahmen im Rahmen des Grüngürtel:Impulses
Anfrage der Fraktion DIE LINKE. BV Ehrenfeld
AN/0698/2017**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

7 neue Anfragen gemäß §§ 4 und 38 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**7.1 Zweckentfremdung von Wohnraum im Herkules-Hochhaus?
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE. BV Ehrenfeld)
AN/0807/2017**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**7.2 Aktueller Sachstand Wohngebäude Westseite Güterbahnhofsgelände, Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.05.2017
AN/0809/2017**

Die Antwort der Verwaltung ist unter TOP 7.2.1 umgedruckt.

7.2.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend aktueller Sachstand Wohngebäude Westseite Güterbahnhofsgelände (AN/0809/2017) 1727/2017

Kenntnis genommen.

7.3 Veloroute Ehrenfeld, Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.05.2017 AN/0818/2017

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

7.4 Sachstand Brandschadenshaus Everhardstraße (Anfrage Fraktion DIE LINKE. BV Ehrenfeld) AN/0822/2017

Herr Schmitz (Bürgeramt Ehrenfeld) teilt zu Frage 1 mit, dass der Brand am 17.01.2017 stattgefunden hat. Zu der Brandursache kann die Verwaltung keine Aussage treffen, da solche Ermittlungen von der Polizei durchgeführt werden.

Zu Frage 2 liegt noch keine Antwort vor.

8 Anträge gem. §§ 3, 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen i.V.m. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS (Entscheidungen) oder gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO (Vorschläge und Anregungen)

8.1 Jugendsitzung in der Bezirksvertretung Ehrenfeld Antrag der SPD-Fraktion vom 28.03.2017 AN/0637/2017

zurückgestellt bis zur Sitzung am 10.07.2017

8.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag 8.1 der Sitzung vom 12. Juni 2017 AN/0885/2017

zurückgestellt bis zur Sitzung am 10.07.2017

8.2 Sicherere Kreuzungen, Teil 1, Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Schuster (Deine Freunde) vom 27.05.2017 AN/0811/2017

Bezirksvertreter Schuster (Deine Freunde) begründet den Antrag.

Beschluss:

Die Kreuzung Subbelrather Str./Innere Kanalstr. soll mittels Sofortmaßnahmen baulich so geändert werden, dass die Gefahrenstellen durch die freilaufenden Rechtsabbieger entschärft werden.

Dabei sollen insbesondere die Sichtbeziehungen zwischen den Verkehrsteilnehmern gewährleistet werden (durch Entfernung der Litfass-Säule und der 2 Stellplätze Subbelrather,

Höhe Colonus-Carré) und haptische und optische Wahrnehmungskorridore (durch Aufpflasterungen auf allen freilaufenden Rechtsabbiegern) geschaffen werden.

Um der vielfach überhöhten Geschwindigkeiten auf der Inneren Kanalstraße zu begegnen, soll die Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h deutlicher beschildert und deren Einhaltung durch Geschwindigkeitskontrollen überwacht werden.

Außerdem soll geprüft werden, wie die freilaufenden Rechtsabbieger rückgebaut und die RadfahrerInnen auf der Fahrbahn geführt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**8.3 Teilspernung der Philippstraße, 50823 Köln für Kraftfahrzeuge über 7,5t
Antrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2017
AN/0635/2017**

zurückgestellt bis zur Sitzung am 10.07.2017

**8.4 Transparenz und Beteiligung stärken! – Information über Baumaßnahmen verbessern!
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.02.2017
AN/0300/2017**

Von der antragstellenden Fraktion zugunsten des Antrags TOP 8.10 zurückgezogen.

**8.5 Fußgängerüberweg auf der Subbelrather Straße in Höhe des neuen Durchgangs zum Krankenhaus
Antrag der FDP-Piraten-Fraktion vom 06.03.2017
AN/0368/2017**

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) teilt mit, dass ihre Fraktion den Antrag zurückziehe. Nach der Sommerpause werde ein aktualisierter Antrag eingebracht.

**8.6 Untersuchung zum Bau von automatischen Quartiersgaragen in Ehrenfeld
Antrag der SPD-Fraktion vom 23.04.2017
AN/0653/2017**

Bezirksvertreter Hanselmann (SPD-Fraktion) teilt mit, dass seine Fraktion den Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit Ausnahme des letzten Satzes übernehme.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) ergänzt, dass stattdessen der letzte Satz der Begründung des Änderungsantrags in die Beschlussfassung übernommen werde.

Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich gegen den Antrag aus. Ihre Fraktion sehe keine Notwendigkeit für die Errichtung solcher teurer Quartiersgaragen. Dies würde unnötige Steuergelder kosten.

Bezirksvertreter Petri (Fraktion Die Linke) führt aus, dass der vorliegende Antrag zunächst einmal prüfe, ob die Errichtung solcher Quartiersgaragen sinnvoll sei. Aufgrund dessen werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen. Der Antrag stelle eine Erweiterung der bisher unbeantworteten Anfrage seiner Fraktion dar.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) versteht den Antrag als Prüfantrag. Parkplätze seien Mangelware, daher sehe sie den Prüfantrag als sinnvoll an.

Bezirksvertreter Schuster (Deine Freunde) spricht sich dafür aus, vor einer weiteren Entscheidung über die Einrichtung von Quartiersgaragen den Bedarf zu ermitteln.

Bezirksvertreter Berg (CDU-Fraktion) sieht den Prüfauftrag als ersten Aufschlag zur Schaffung von mehr Raum für Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrerinnen und Radfahrer an.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beschließt, die Verwaltung möge den Bau von automatischen Quartiersgaragen in den Bereichen der Takustraße/Dechenstraße und der Wöhlerstraße untersuchen. **Diese anzulegenden Quartiersgaragen sollen Anwohnergaragen sein, die auf die Bewohner des genannten abgegrenzten Stadtbereichs und ihre Stellplatznachfrage orientiert sind und in die bestehende Bausubstanz zu integriert sind. Die Einrichtung von Quartiersgaragen sollte mit Mitteln aus der Stellplatzablösung subventioniert werden.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Bezirksvertreter Schuster (Deine Freunde).

**8.6.1 Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag 8.6 der Sitzung vom 12. Juni 2017
AN/0886/2017**

Beschluss:

Diese anzulegenden Quartiersgaragen sollen Anwohnergaragen sein, die auf die Bewohner des genannten abgegrenzten Stadtbereichs und ihre Stellplatznachfrage orientiert sind und in die bestehende Bausubstanz zu integriert sind. ~~Es sollen unterirdische Parksystem entstehen.~~

Die Einrichtung von Quartiersgaragen sollte mit Mitteln aus der Stellplatzablösung subventioniert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Einzelvertreter Schuster (Deine Freunde).

**8.7 Vorstellung der Planung zur Sicherstellung der Durchwegung im „Gleisdreieck“ im Rahmenplanungsgebiet, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.05.2017
AN/0810/2017**

Bezirksvertreterin Lottmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag ihrer Fraktion und bittet um Vorstellung der Planungen in der nächsten Sitzung am 10.07.2017.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, der Bezirksvertretung die aktuellen Pläne zur Sicherstellung der Durchwegung im sogenannten „Gleisdreieck“ vorzustellen, da diesem Fuß- und Radwegesystem, wie auch im Maßnahmenprogramm des Rahmenplanungsbeirats festgeschrieben, ein hohe Bedeutung für die „gesamtverkehrliche“ Erschließung weiterer Gebiete, auch überbezirklich, zukommt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.8 Lebendige Quartiere erhalten – Verdrängung frühzeitig identifizieren und verhindern!

**Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 02.04.2017
AN/0515/2017**

zurückgestellt bis zur Sitzung am 10.07.2017

**8.9 Parkverbot Querungshilfe Hugo-Eckener-Straße, Antrag der SPD-Fraktion
AN/0808/2017**

Bezirksvertreter Leitzen (SPD-Fraktion) begründet den Antrag seiner Fraktion.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung, das Parken von Pkws an der Querungshilfe Hugo-Eckener-Straße/Mühlenweg durch geeignete Maßnahmen zu verhindern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**8.10 Informationen über Bauvorhaben verbessern, Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen und Herrn Einzelvertreter Schuster / Deine Freunde vom 07.06.2017
AN/0835/2017**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beschließt, dass sie in Präzisierung von § 2, Abs. 1, lfd. Nr. 6.7. der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln über alle Bauvorhaben im Stadtbezirk Ehrenfeld in einem möglichst frühen Planungsstadium zu informieren ist, wenn diese auch im Gestaltungsbeirat behandelt werden sollen.

Hierzu gehören insbesondere die in der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates aufgeführten Einzelbauvorhaben, die wegen ihrer Standorte, ihres Umfeldes, ihrer Nutzung oder ihrer Größe oder wegen sonstiger Belange von besonderer stadtgestalterischer Bedeutung sind

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.11 Fortführung Programm "Attraktivierung von Plätzen" in 2018, Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Die Linke, der Fraktion FDP/Piraten und Herrn Einzelvertreter Schuster (Deine Freunde) vom 07.06.2017
AN/0836/2017**

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) begründet den Antrag. Es seien konkrete Plätze wie z.B. der Takuplatz vorhanden, für welche die Mittel verwendet werden können. Der Bedarf sollte daher angemeldet werden.

Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass zunächst einmal der Bedarf festgelegt werden sollte, bevor Gelder beantragt werden. Eine reine pro forma Beantragung sei nicht sinnvoll. Ihre Fraktion werde sich daher enthalten.

Bezirksvertreter Berg (CDU-Fraktion) merkt an, dass es im Stadtbezirk ausreichend Plätze gebe, für welche die Mittel verwendet werden könnten. Aufgrund dessen sollte die Mittel frühzeitig im Haushalt angemeldet werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld spricht sich dafür aus, das im Jahr 2014 begonnene und 2015 fortgesetzte gesamtstädtische Programm zur Attraktivierung von Plätzen in den Veedeln fortzuführen und im Haushaltsplan für 2018 für den Stadtbezirk Ehrenfeld 800.000 Euro vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

9 Entscheidungen

9.1 Bürgerhaushalt 2016 - Beratung und Priorisierung der TOP 25 Vorschläge in den Bezirksvertretungen 0463/2017

Frau Jablonski (Kämmerei) erläutert die Beschlussvorlage und stellt das Verfahren dar. Das Bürgerhaushaltsverfahren 2016 sei sowohl was die Beteiligungszahlen, als auch die anschließenden Bewertungen angehe, als Erfolg zu werten. Bei den Teilnehmerzahlen sei im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 60 % zu verzeichnen, bei den eingegangenen Vorschlägen von 30 % und bei den Bewertungen von 50 %. Für den Stadtbezirk Ehrenfeld seien insgesamt 56 Vorschläge eingegangen. Leider liegen hinsichtlich der vorgelegten 25 am besten bewerteten Vorschläge nicht alle Kostenschätzungen der Fachdienststellen vor. Nach Priorisierung der Vorschläge durch die Bezirksvertretung würden diese dem Finanzausschuss und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt. Die Verwaltung prüfe im Anschluss Finanzierung und Umsetzung. Die eingereichten Vorschläge würden jedoch die zur Verfügung stehenden Finanzmittel i.H.v. 100.000 € pro Stadtbezirk deutlich überschreiten. Die ursprüngliche thematische Festlegung des Bürgerhaushaltes 2016 auf kleinere Maßnahmen wie z.B. Parkbänke sei den Bürgerinnen und Bürgern nicht ausreichend vermittelt worden. Da der neue Bürgerhaushalt 2017 das gleiche Motto habe und über das gleiche Budget verfüge, habe die Verwaltung den Auftrag, den Informationsfluss zu den Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) stellt dar, dass die meisten Vorschläge für den Stadtbezirk Ehrenfeld aus dem Stadtteil Ehrenfeld kämen. Aus anderen Stadtteilen hingegen seien keine oder nur sehr wenige Vorschläge eingegangen. Dies sei ein Indiz für ein Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft. Die Verwaltung solle hier einen Ansatz finden, möglichst alle Stadtteile in das Verfahren einzubinden. Sie fragt nach dem Umsetzungsstand der Vorschläge aus dem Vorjahr. Es sei zu beobachten, dass in den letzten Jahren zahlreiche Vorschläge zu Schulausstattungen eingegangen seien, die aber nicht Bestandteil des Bürgerhaushaltes seien. Aufgrund der Mobilisierung der Elternschaft werden hier hohe Bewertungszahlen erreicht, was zu einer Verdrängung anderer Vorschläge führe. Hier sollte die Kommunikation zu den Schulleitungen verbessert werden.

Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass den Bürgerinnen und Bürgern von der Verwaltung nicht vermittelt werden konnte, dass sich der Bürgerhaushalt thematisch mit der Aufstellung von Bänken befasse. Auch für die Zukunft sei dies nicht zu erwarten. Diese Maßnahme könne aus dem Stadtverschönerungsprogramm finanziert

werden. Eine Reduzierung der Vorschläge auf Maßnahmen von ca. 4.000 €, damit die Gesamtsumme von 100.000 € nicht überschritten werde, würde zu einer Verringerung der Beteiligung führen. Er spricht sich dafür aus, die von den Bürgerinnen und Bürgern vorgenommene Priorisierung beizubehalten. Des Weiteren sei er davon ausgegangen, dass die Bezirksvertretung über die Verteilung bzw. Vergabe der zur Verfügung stehenden 100.000 € entscheide und nicht der Finanzausschuss. Hierfür sei aber eine Kostenschätzung der Verwaltung zu den Vorschlägen unabdingbar. Sollte die Verwaltung die Zahlen bis zur Sitzung am 10.07.2017 vorlegen, könne die Priorisierung und Verteilung der Mittel erfolgen.

Frau Jablonski (Kämmerei) führt aus, dass eine weitere Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit derzeit geprüft werde, um alle Bevölkerungsschichten in das Verfahren einzubinden. Zu den Vorschlägen aus den Vorjahren würden derzeit die Sachstände bei den Fachdienststellen angefordert. Ziel sei, die Sachstände auf der Internetplattform des Bürgerhaushaltes 2017 darzustellen. Grundsätzlich sollten Schulsanierungsmaßnahmen aus den jeweiligen Finanztöpfen finanziert werden. Zu dem im aktuellen Verfahren vorliegenden Vorschlag habe es bereits Gespräche zwischen Fachverwaltung und der Schule gegeben. Das Bürgerhaushaltsverfahren sei aber ein offenes, an dem sich jeder beteiligen könne.

Die je Stadtbezirk zur Verfügung stehenden 100.000 € liegen weiterhin in der Finanzhoheit der Kämmerei. Die Bezirksvertretungen entscheiden über die Priorisierung der Vorschläge, die finanzielle Umsetzung obliege der Fachverwaltung.

Frau Scheunemann (Bürgeramt Ehrenfeld) ergänzt, dass das ursprüngliche Themenfeld des Bürgerhaushaltes für kleinere Maßnahmen eine Beschlussfassung durch die Bezirksvertretungen zugelassen habe. Aufgrund der eingebrachten Vorschläge aus der Bürgerschaft, sei jedoch für die Verwaltung die aktuelle Zuständigkeitsordnung zu beachten, so dass für zahlreiche größere Maßnahmen eine Beschlussfassung durch den Finanzausschuss notwendig sei.

Bezirksvertreter Berg (CDU-Fraktion) äußert sein Unverständnis über das von der Verwaltung erläuterte Verfahren. Wenn man die Bürgerschaft auffordere, sich zu beteiligen, sei auch mit abweichenden Themenvorschlägen zu rechnen. Er sehe hier durchaus eine Zuständigkeit der Bezirksvertretung gegeben und spricht sich dafür aus, die vorliegenden Vorschläge zu beschließen und umzusetzen.

Bezirksvertreter Besser (Die Linke) spricht sich ebenfalls für die Vorlage einer aussagefähigen Kostenschätzung aus. Nach Vorlage dieser sei eine Vorberatung in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung notwendig. Er spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung die Umsetzungsstände bezogen auf den Stadtbezirk der Bezirksvertretung vorlege. Hierzu habe es im Jahr 2016 einen entsprechenden Beschluss gegeben.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) teilt die Einschätzung der Verwaltung, wonach das Bürgerhaushaltsverfahren 2016 als erfolgreich zu bewerten sei und immer mehr Beteiligung erfahre, nicht. Die Zunahme der Bewertungen fokussiere sich auf die ersten beiden Vorschläge. Da sich die TOP 25 der Vorschläge teilweise widersprächen, spricht sie sich dafür aus, hier auch eine fachliche Sortierung bzw. Einschätzung abzugeben und nicht der Priorisierung der Bürgerschaft zu folgen. Damit das Verfahren ein Erfolg werde, sollte die Ausschreibung zukünftig so präzise wie möglich erfolgen.

Bezirksvertreter Schuster (Deine Freunde) sieht das Verfahren als Erfolg an. Die Bürgerinnen und Bürger würden beginnen, sich für ihren Stadtbezirk zu interessieren und einzubringen. Es sei gut, dass die eingebrachten Ideen öffentliche Aufmerksamkeit erhielten, unabhängig davon, ob sie tatsächlich umgesetzt werden können. Er regt an, die zur Verfügung stehenden 100.000 € dem von den Bürgerinnen und Bürgern priorisierten Vorschlag Nr. 1 zu vergeben.

Bezirksvertreter Berg (CDU-Fraktion) fragt nach, ob die Haushaltsmittel aus dem Jahr 2016 in das neue Haushaltsjahr übertragen wurden.

Frau Jablonski (Kämmerei) bejaht dies.

Bezirksbürgermeister Wirges regt einen gemeinsamen Sondertermin der Bezirksvertretung an. Die Verwaltung solle bis dahin die Kostenschätzungen vorlegen. Die Beschlussfassung könne dann noch vor der Sommerpause in der Sitzung am 10.07.2017 erfolgen.

Beschluss:

Zurückgestellt bis zur Sitzung am 10.07.2017.

**9.2 Parkraumkonzept Ehrenfeld
0816/2017**

Zurückgestellt bis zur Sitzung am 10.07.2017.

**9.3 Bestellung eines Schriftführers gemäß § 36 Absatz 5 Satz 2 i.V.m. § 52 Absatz 1 GO NW und § 31 Absatz 1 i.V.m. § 38 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln
1696/2017**

Beschluss:

In Abänderung ihres Beschlusses vom 24.08.2015 bestellt die Bezirksvertretung Ehrenfeld bis zum Ende der Wahlperiode 2014/2020 Herrn StA Andreas Schmitz zum Schriftführer.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.4 Zuwendung aus dem städtischen Aktivierungsfonds für zwei Projekte im Sozialraum Bickendorf/Westend/Ossendorf
1753/2017**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beschließt,

1. dem Antrag der Aktion Nachbarschaft e. V. auf eine Zuwendung aus dem städtischen Aktivierungsfonds in der beantragten Höhe von 1.249,00 €

und

2. dem Antrag des Sozialdienstes Katholischer Männer e.V. Köln auf eine Zuwendung aus dem städtischen Aktivierungsfonds in der beantragten Höhe von 499,00 €

statt zu geben.

Die nicht abgerufenen Mittel in Höhe von 752,00€ werden für den zweiten Förderaufruf im Herbst 2017 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Bezirksvertreter Hanselmann (SPD-Fraktion) und Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

9.5 Zuwendung aus dem städtischen Aktivierungsfonds für drei Projekte im Sozialraum Bocklemünd/Mengenich 1819/2017

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beschließt,

3. dem Antrag des Bürgerschaftshaus e.V. auf eine Zuwendung aus dem städtischen Aktivierungsfonds i. H. v. 1.000,00 €,
4. dem Antrag des Seniorennetzwerkes Bocklemünd/ Mengenich / Quäker Nachbarschaftsheim e.V. auf eine Zuwendung aus dem städtischen Aktivierungsfonds in der beantragten Höhe von 710,00 € und
5. dem Antrag des F.i.Z. Familienhauses in Bocklemünd auf eine Zuwendung aus dem städtischen Aktivierungsfonds in der beantragten Höhe von 300,00 €

stattzugeben.

Die nicht abgerufenen Mittel in Höhe von 490,00€ werden für den zweiten Förderaufruf im Herbst 2017 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Bezirksvertreter Leitzen (SPD-Fraktion) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

10 Anhörungen und Stellungnahmen

10.1 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln hier: Stärkung der Bezirke 0976/2017

Frau Gies (Amt der Oberbürgermeisterin) erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung. Die vorgelegten Vorschläge seien einvernehmlich in der Kommission zur Stärkung der Bezirke abgestimmt. Zur Klarstellung der Abgrenzung von Angelegenheiten mit bezirklicher oder überörtlicher Bedeutung führt sie aus, dass eine Maßnahme keine überbezirkliche Bedeutung erlange, nur weil sie besonders kostenintensiv sei. Zur klaren Abgrenzung werde derzeit ein für die Verwaltung verbindlicher Abgrenzungskatalog erarbeitet. Dieser sei jedoch kein Bestandteil der Beschlussvorlage, da ansonsten jede Änderung des Kataloges eine Satzungsänderung nach sich ziehen würde. Bei notwendigen Priorisierungen innerhalb des Bezirks sei zukünftig die Bezirksvertretung zuständig. Die Grenze zum Geschäft der laufenden Verwaltung werde auf 50.000 € angehoben. Die Bezirksvertretung erhalte aber nunmehr ein Rückholrecht. Über das genaue Verfahren zur notwendigen Information der Bezirksvertretung über die geplanten Maßnahmen werde derzeit diskutiert. Die Beschlussvorlage sei nicht als Schlusspunkt der Arbeit zu sehen. Die Kommission werde weiterhin tagen und sich mit verschiedenen Aspekten zur Stärkung der Bezirke befassen.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) führt aus, dass die Beschlussvorlage das Ergebnis eines Konsenses der Kommissionsmitglieder darstelle. Die Vorlage sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) dankt Herrn Bezirksbürgermeister Wirges für seine unermüdliche Arbeit in dieser Angelegenheit. Es gelte aber noch zahlreiche Hindernisse zu meistern. Er spricht sich für die Beschlussvorlage aus.

Bezirksvertreter Berg (CDU-Fraktion) weist hinsichtlich des Rückholrechtes auf die Notwendigkeit eines praktikablen Verfahrens zur zeitnahen Information der Bezirksvertretung hin.

Bezirksvertreter Petri (Fraktion Die Linke) sieht noch Nachbesserungsbedarf für die Zukunft. Er regt eine Prüfung der Regelungen zur Beginn einer jeden Wahlperiode an.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) begrüßt den beabsichtigten Erfahrungsaustausch nach einem Jahr.

Bezirksvertreter Schuster (Deine Freunde) dankt den Vertreterinnen und Vertretern des Bezirks in der Kommission.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) weist im Zusammenhang mit dem Rückholrecht ebenfalls noch einmal auf die Notwendigkeit einer zeitnahen und umfassenden Information der Bezirksvertretung hin. Insbesondere in den Fällen, wo sich Baumaßnahmen im Nachhinein über die Grenze von 50.000 € hinaus verteuern. Eventuell sei über die Einrichtung eines Newsletters oder ähnlichem nachzudenken.

Frau Gies (Amt der Oberbürgermeisterin) führt aus, dass die Information so frühzeitig erfolgen müsse, dass eine Ausübung des Rückholrechtes möglich sei. Hierzu würden derzeit Überlegungen angestellt.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt die Neufassung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach einem Zeitraum von einem Jahr einen Erfahrungsbericht über die Auswirkungen der Änderung der Zuständigkeitsordnung vorzulegen. Dabei sollen u. a. folgende Faktoren Berücksichtigung finden:
 - zusätzlicher Verwaltungsaufwand
 - zeitliche Verzögerung von Entscheidungen
 - Entwicklung der Sitzungen der Bezirksvertretungen im Hinblick auf Dauer und Anzahl der behandelten Vorlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.2 Städtebauliches Planungskonzept Vitalisstraße/Girlitzweg, 1. Änderung Gesamtschule Wasseramselweg in Köln-Vogelsang Anhörung der Bezirksvertretung Ehrenfeld zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfs 1341/2017

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage des städtebaulichen Planungskonzepts gemäß Anlage 2 einen Bebauungsplan-Entwurf auszuarbeiten. Die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) sind dabei gemäß der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 3) zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2016 - 2020
0169/2017**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt den vorliegenden Kinder- und Jugendförderplan 2016-2020 als Rahmenplanung. In dem Zeitraum von 2015 bis 2016 wurde er in einem intensiven Planungsprozess innerhalb der Jugendverwaltung, dem AK 80 und den Trägern der freien Jugendhilfe entwickelt und anschließend in einer Entwurfsfassung als Mitteilung im Jugendhilfeausschuss und in den Bezirksvertretungen ausführlich erörtert. Konkrete Kommentierungen und Anregungen sind in den Plan eingeflossen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die strategischen Aussagen des Kinder- und Jugendförderplans für die Detailplanungen der nächsten Jahre zu Grunde zu legen. Die Maßnahmenvorschläge sollen unter dem Vorbehalt einer gesicherten Finanzierung in Abstimmung mit den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe im Arbeitskreis Jugend nach § 80 SGB VIII und unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sukzessive umgesetzt werden. Für Maßnahmen, deren Umsetzung haushaltsmäßige Auswirkungen haben, werden gesonderte Beschlüsse der politischen Gremien vorgesehen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Dezember 2018 einen Zwischenbericht zur Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Bezirksvertreter Jablonski (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

**10.4 Seniorenkoordination im Stadtbezirk
1045/2017**

Seniorenvertreter Geuer spricht sich für die Beschlussalternative aus.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) fragt nach, ob die organisatorische Anbindung einer halben Stelle an das Bürgeramt sinnvoll sei.

Frau Scheunemann (Bürgeramt Ehrenfeld) teilt mit, dass aus der Vorlage nicht genau hervorgehe, ob mit der Anbindung lediglich der Standort oder auch die organisatorische Anbindung gemeint sei. Es gehe bei der Entscheidung in erster Linie darum, ob die Stellen in freier Trägerschaft oder bei der Stadtverwaltung angebunden werden sollen.

Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich für den Beschlussvorschlag aus. Die Verwaltung spreche sich in ihrer Vorlage selber dafür aus. Die Stadt Köln sollte aus Gründen der Subsidiarität nur tätig werden, wenn bei den freien Trägern keine Kapazitäten vorhanden seien. Vor dem Hintergrund der Probleme der Verwaltung bei der Personalfindung sehe er die Anbindung an die Verwaltung kritisch. Darüber hinaus sehe er

bei den freien Trägern aufgrund ihrer bisherigen Tätigkeit auf diesem Gebiet eine größere Fachkenntnis.

Bezirksvertreter Hanselmann (SPD-Fraktion) verweist auf die Erfahrungen in der Praxis. Bei Anbindung solcher Stellen an einen freien Träger passiere es oftmals, dass diese Personen im Rahmen der Arbeit des freien Trägers auch zu anderen Aufgaben hinzugezogen werden. Dies könne zu Irritationen führen.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) verweist darauf, dass es Sinn der Angelegenheit sei, dass eine neutrale Stelle die Arbeit koordiniert. Dies könne von der Verwaltung sichergestellt werden. Dies sei auch in der Sitzung der Seniorenvertretung deutlich geworden. Aufgrund dessen spricht sie sich für die Beschlussalternative aus.

Bezirksvertreterin Lantzen (FDP-Piraten-Fraktion) verweist ebenfalls auf die Diskussion in der Seniorenvertretung. Der Koordinator sollte unabhängig agieren können.

Bezirksvertreter Petri (Fraktion Die Linke) spricht sich ebenfalls für die Beschlussalternative aus.

Beschlussalternative:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. Zum 01.10.2017 wird die „Seniorenkoordination im Stadtbezirk“ unter Maßgabe des Konzeptes für die Seniorenkoordination im Stadtbezirk mit der Einrichtung von 0,5 Stelle Seniorenkoordination je Stadtbezirk eingeführt.
2. Die 4,5 Stellen Seniorenkoordination im Stadtbezirk werden an die Bürgerämter angebunden.
3. Für die „Seniorenkoordination im Stadtbezirk“ werden
 - für 2017 Haushaltsmittel in Höhe von 110.000 €
 - beginnend ab dem 01.01.2018 jährliche Haushaltsmittel in Höhe 400.000 €, unter Berücksichtigung der Tarifsteigerungenzur Verfügung gestellt.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung der „Seniorenkoordination im Stadtbezirk“ vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussalternative wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Einzelvertreter Schuster (Deine Freunde) bei Enthaltung von Herrn Bezirksbürgermeister Wirges zugestimmt.

10.5 Städtebauliches Planungskonzept **Arbeitstitel: Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld** **Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung** **4282/2016**

Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begründet den gemeinsamen Änderungsantrag unter TOP 10.5.1. Leider habe die Verwaltung wesentliche Punkte, welche im Stadtentwicklungsausschuss sowie in den verschiedenen Workshops erarbeitet und beschlossen wurden, in der Beschlussvorlage nicht berücksichtigt bzw. umgesetzt. Dies habe zu dem vorliegenden Änderungsantrag geführt. Insbesondere kritisiert sie die vorgesehene Radwegführung.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) kritisiert, dass man zwar mit einer modellhaften Bürgerbeteiligung gestartet sei, nunmehr zahlreiche erarbeitete und beschlossene Punkte aber nicht umgesetzt bzw. berücksichtigt wurden. Sie verweist insbesondere auf die von der Verwaltung angedachte Platzgestaltung, welche anstelle einer Grün- eine karge Betonfläche vorsehe.

Bezirksvertreter Berg (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass bei der vorgeschlagenen Gestaltung das Konzept der Inklusiven Schule nur unzureichend berücksichtigt wurde. Zum Beispiel wurden keine Haltemöglichkeiten für den Transport von gehandicapten Schülerinnen und Schülern vorgesehen.

Bezirksvertreter Petri (Fraktion Die Linke) verweist auf die Befahrungs- bzw. Umfahrungssituation. Es werde in der Vorlage etwas gefordert, was schon jetzt nicht notwendig sei.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) führt aus, dass sie das Verfahren von Beginn an kritisch verfolge. Der vorliegende Antrag zeige, wie schwierig es sei, die einzelnen Forderungen umzusetzen. Daher werde sie gegen den Änderungsantrag stimmen.

Bezirksvertreter Schuster (Deine Freunde) kritisiert ebenfalls den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Bezirksvertreterin Lantzen (FDP-Piraten-Fraktion) führt aus, dass sie sich enthalten werde. Das Heliosgelände sei ein Beispiel für Gentrifizierung bzw. Verdrängungseffekte.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Im städtebaulichen Planungskonzept „Heliosgelände“ sollen die folgenden Punkte berücksichtigt werden:

I.

1. Radwegeführung

A Der Rad-Durchgangsverkehr soll nicht um das Gelände herum, sondern sicher über das Gelände geführt werden.

B Auf der Vogelsanger Str. sollen ggfs. Schutzstreifen auch für links zum Gürtel abbiegende Radfahrer markiert werden.

C Radfahrer sollen auf der Vogelsanger Str. aus dem Grünen Weg kommend vor der IUS den Radweg gegenläufig benutzen können. Das Rad zu schieben – wie von der Verwaltung alternativ vorgeschlagen – ist keine Option. Die Vogelsanger Str. soll nur drei Autofahrspuren erhalten.

2. Öffentliche Durchfahrt/Stellplätze

A Die 45 Stellplätze auf der Nordseite der Rheinlandhalle sollen entfallen – spätestens bei einer Nutzungsänderung bzw. einem Mieterwechsel. Dies ist verbindlich, z. B. im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags festzulegen.

B Eine Einzäunung des Schulhofs ist nicht nur „nicht erwünscht“, sondern in jedem Fall zu vermeiden.

C Eine Umfahrung der Rheinlandhalle durch Lieferverkehr wird weiterhin abgelehnt. Es soll weiterhin für die aktuellen Mieter nach eine anderen Lösung gesucht werden. Nach Mieterwechsel bzw. mit neuer Nutzung ist eine Umfahrung nicht mehr gestattet. Dies ist verbindlich, z. B. im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags festzulegen.

D Ein möglicher Einzelhandel im nördlichen Baublock am Ehrenfeldgürtel soll über den Ehrenfeldgürtel beliefert werden.

3. Kiss-and-Ride-Plätze

Die Kiss-and-Ride-Plätze sollen ausschließlich an der Heliosstr. im Rahmen des Shared Space ausgewiesen werden. Es sollen max. sechs Kiss-and-Ride-Plätze eingerichtet werden.

Da es sich um eine inklusive Schule handeln wird, in der auch schwerstbehinderte Menschen beschult werden, ist in Absprache mit der IUS auf geeignete Haltemöglichkeiten zu achten.

4. Handelsflächen

Die BV lehnt nach wie vor dem Kodex entsprechend eine Ausdehnung der Handelsflächen ab. Die Einrichtung von Einzelhandelsgeschäften darf nicht, z. B. durch Anlieferverkehr, die Aufenthaltsqualität beeinträchtigen. Vor allem möglicher Einzelhandel im nördlichen Baublock am Ehrenfeldgürtel soll so gestaltet werden, dass keine unattraktive Rückseite zum Platz vor der Rheinlandhalle hin entsteht.

5. Heliosstr. als Shared Space

Die Heliosstr. soll als Shared Space ausgebildet werden (nicht nur in Anlehnung an Shared Space), wo z. B. auf ausgewiesene Stellplätze verzichtet wird.

11. Platzgestaltung vor der Rheinlandhalle

Die BV ist der Meinung, dass Stadtplätze nicht nur steinern sein müssen. Eine Begrünung wird hier nach wie vor gewünscht.

II.

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) nach Modell 2 auf Grundlage der Variante 3 (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme von Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP/Piraten-Fraktion) bei Enthaltung von Bezirksvertreterin Lantzen (FDP/Piraten-Fraktion).

10.5.1 Begleitbeschluss zu TOP 10.5 der BV Sitzung am 12.Juni 2017, Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der Fraktion Die Linke und Herrn Einzelvertreter Schuster (Deine Freunde) vom 08.06.2017 AN/0873/2017

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld folgt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung unter Top 10.5 und fasst parallel dazu den folgenden Begleitbeschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Im städtebaulichen Planungskonzept „Heliosgelände“ sollen die folgenden Punkte berücksichtigt werden:

I.

1. Radwegführung

A Der Rad-Durchgangsverkehr soll nicht um das Gelände herum, sondern sicher über das Gelände geführt werden.

B Auf der Vogelsanger Str. sollen ggfs. Schutzstreifen auch für links zum Gürtel abbiegende Radfahrer markiert werden.

C Radfahrer sollen auf der Vogelsanger Str. aus dem Grünen Weg kommend vor der IUS den Radweg gegenläufig benutzen können. Das Rad zu schieben – wie von der Verwaltung alternativ vorgeschlagen – ist keine Option. Die Vogelsanger Str. soll nur drei Autofahrspuren erhalten.

2. Öffentliche Durchfahrt/Stellplätze

A Die 45 Stellplätze auf der Nordseite der Rheinlandhalle sollen entfallen – spätestens bei einer Nutzungsänderung bzw. einem Mieterwechsel. Dies ist verbindlich, z. B. im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags festzulegen.

B Eine Einzäunung des Schulhofs ist nicht nur „nicht erwünscht“, sondern in jedem Fall zu vermeiden.

C Eine Umfahrung der Rheinlandhalle durch Lieferverkehr wird weiterhin abgelehnt. Es soll weiterhin für die aktuellen Mieter nach eine anderen Lösung gesucht werden. Nach Mieterwechsel bzw. mit neuer Nutzung ist eine Umfahrung nicht mehr gestattet. Dies ist verbindlich, z. B. im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags festzulegen.

D Ein möglicher Einzelhandel im nördlichen Baublock am Ehrenfeldgürtel soll über den Ehrenfeldgürtel beliefert werden.

3. Kiss-and-Ride-Plätze

Die Kiss-and-Ride-Plätze sollen ausschließlich an der Heliosstr. im Rahmen des Shared Space ausgewiesen werden. Es sollen max. sechs Kiss-and-Ride-Plätze eingerichtet werden.

Da es sich um eine inklusive Schule handeln wird, in der auch schwerstbehinderte Menschen beschult werden, ist in Absprache mit der IUS auf geeignete Haltemöglichkeiten zu achten.

4. Handelsflächen

Die BV lehnt nach wie vor dem Kodex entsprechend eine Ausdehnung der Handelsflächen ab. Die Einrichtung von Einzelhandelsgeschäften darf nicht, z. B. durch Anlieferverkehr, die Aufenthaltsqualität beeinträchtigen. Vor allem möglicher Einzelhandel im nördlichen Baublock am Ehrenfeldgürtel soll so gestaltet werden, dass keine unattraktive Rückseite zum Platz vor der Rheinlandhalle hin entsteht.

5. Heliosstr. als Shared Space

Die Heliosstr. soll als Shared Space ausgebildet werden (nicht nur in Anlehnung an Shared Space), wo z. B. auf ausgewiesene Stellplätze verzichtet wird.

11. Platzgestaltung vor der Rheinlandhalle

Die BV ist der Meinung, dass Stadtplätze nicht nur steinern sein müssen. Eine Begrünung wird hier nach wie vor gewünscht.

II.

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) nach Modell 2 auf Grundlage der Variante 3 (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme von Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP/Piraten-Fraktion) bei Enthaltung von Bezirksvertreterin Lantzen (FDP/Piraten-Fraktion).

10.6 Standorte zur Errichtung von temporären Unterkünften für Geflüchtete - Genehmigung und Baubeschluss 0567/2017

Frau Adams (Amt für Wohnungswesen) erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Nach ausführlicher Diskussion lässt Herr Bezirksbürgermeister Wirges über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat genehmigt die zur Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung erfolgte Errichtung einer Unterkunft
 - a) mit 60 Unterbringungsplätzen in Form gemieteter mobiler Wohneinheiten zur temporären Unterbringung von Geflüchteten auf dem Grundstück **Westerwaldstraße 100 / Volpertusstraße, 51105 Köln, Gemarkung Poll, Flur 38, Flurstücke 806, 1266, 1272.**
 - b) mit 480 Unterbringungsplätzen in Form gemieteter Leichtbauhallen zur temporären Unterbringung von Geflüchteten auf dem Grundstück **Butzweilerhof-Allee / Anna-Lindh-Straße, 50829 Köln, Gemarkung Longerich, Flur 8, Flurstück 1585.**
 - c) mit 240 Unterbringungsplätzen in Form mobiler Wohneinheiten zur temporären Unterbringung von Geflüchteten auf dem Grundstück **Wilhelm-Schreiber-Straße, 50827 Köln, Gemarkung Müngersdorf, Flur 80, Flurstück 732, (jetziger Sportplatz),** und beschließt die weitere Umsetzung der Maßnahme.
2. Die Finanzierung der Maßnahmen unter Ziffer 1 wird durch den Rat genehmigt:
Im **Haushaltsjahr 2016** wurden investive Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen (Finanzstelle 5620-1004-4-5182, Wilhelm-Schreiber-Straße) in Höhe von 300.000,00 € in Anspruch genommen. Die Mittel wurden innerhalb des Teilfinanzplanes 1004 im Rahmen einer Sollumbuchung von der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-Wohnheime, bereitgestellt.
Für die erforderlichen zahlungswirksamen Aufwendungen im Haushaltsjahr 2016 in Höhe von insgesamt 1.357.570,06 € waren im Teilergebnisplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeilen 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Mittel in Höhe von 763.604,74 € und Teilplanzeile 16 – sonst. ordentliche Aufwendungen, Mittel in Höhe von 593.965,32 € veranschlagt.
3. Der Rat beschließt für das **Haushaltsjahr 2017** die Bereitstellung investiver Auszahlungsermächtigungen für die unter Ziffer 1 genannten Maßnahmen in Höhe von insgesamt 7.048.062,63 € im Rahmen einer Sollumbuchung innerhalb des Teilfinanzplanes 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen (zu Lasten der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-Wohnheime) für die bauliche Herrichtung und Umsetzung der Maßnahmen.

Für die notwendige Erstausrüstung sind im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 09 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 276.998,42 € vorgesehen.

Für die mit der Errichtung und dem laufenden Betrieb der unter Ziffer 1 benannten Einrichtungen verbundenen Aufwendungen sind im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2017 im Teilergebnisplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, entsprechende Ermächtigungen eingeplant: Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von insgesamt 12.989.310,05 €, Teilplanzeile 14 – Aufwendungen für Abschreibungen in Höhe von insgesamt 439.811,36 € sowie Teilplanzeile 16 – sonst. ordentliche Aufwendungen in Höhe von insgesamt 2.344.775,49 €.

Der Mittelbedarf für die Folgejahre verteilt sich gemäß den Anlagen Finanzübersicht und ist bei der weiteren Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Die Linke und Bezirksvertreterin Lantzen (FDP/Piraten-Fraktion).

Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

11 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

12 Mitteilungen der Verwaltung

12.1 Jahresbericht für die Beschlüsse aus der Bezirksvertretung Ehrenfeld aus der Zuständigkeit des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, hier Stand 31.12.2016 0768/2017

Zurückgestellt bis zur Sitzung am 10.07.2017.

12.2 Tätigkeitsbericht 2016 des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik 1352/2017

Kenntnis genommen.

Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) stellt folgende Nachfragen:

1. Findet in der nächsten Sitzung am 10.07.2017 wieder eine fachliche Beratung der BV durch das Amt für Straßen und Verkehrstechnik statt?
2. Sind die sechs zusätzlichen Stellen in der Abteilung des Fahrradbeauftragten besetzt?

Zur genannten Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht auf dem Melatengürtel weist er auf die ursprüngliche Initiative der Bezirksvertretung hin.

12.3 "Veranstaltungsreihe Kölner Perspektiven zu Wohnen und Arbeiten" 1327/2017

Kenntnis genommen.

**12.4 Ad hoc- Programm Außengastronomie auf Stellplätzen
0529/2017**

Zurückgestellt bis zur Sitzung am 10.07.2017.

Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) merkt kritisch an, dass in der Mitteilung lediglich auf die Beschlüsse der Bezirksvertretung Innenstadt Bezug genommen werde, obwohl die Bezirksvertretung Ehrenfeld ebenfalls Beschlüsse zu diesem Thema gefasst habe. Sie spricht sich für eine Einbeziehung der Bezirksvertretung Ehrenfeld in den Arbeitskreis aus.

Bezirksvertreter Berg (CDU-Fraktion) merkt an, dass die Vorlage ausführe, dass die Erteilung der Genehmigung grundsätzlich durch das Amt für öffentliche Ordnung erfolge. Er fragt nach, welche Dienststelle noch für die Erteilung zuständig sein könnte.

**12.5 Aufhebung der 1. Änderungsverordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2017 vom 27.03.2017 und Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Neustadt-Süd, Deutz, Nippes und Rath/Heumar
1585/2017**

Kenntnis genommen.

**12.6 Nutzung der Ladezone Landmannstraße 21-25
hier: Nachfrage der FDP-/Piraten-Fraktion aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 20.03.2017, TOP 7.3
1561/2017**

Kenntnis genommen.

**12.7 Prüfbericht LSA Erneuerungsprogramm
hier: Ergänzungsunterlagen
1224/2017**

**12.8 Rankbogen in der Hansemannstraße
1751/2017**

Kenntnis genommen.

**12.9 Gewerbeflächenkataster für den Stadtbezirk Ehrenfeld
1390/2017**

Kenntnis genommen.

Bezirksvertreterin Lottmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt zu Tabelle 3 nach, wie der aktuelle Stand zur der genannten Wohnbebauung in der Mercedes Allee sei.

Die Verwaltung wird dies schriftlich beantworten.

13 mündliche Anfragen

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) fragt nach, wann die zugesagte Aktualisierung des Jahresberichtes des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik vorgelegt werde.

Die Verwaltung wird dies schriftlich beantworten.

Bezirksvertreter Jablonski (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach dem Sachstand des Beschlusses der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 28.11.2016 zur Förderung der Elektromobilität.

Die Verwaltung wird dies schriftlich beantworten.

gez.
Wirges

gez.
Schmitz